

Rechtsstreit um Cannabis-Anbau

Karlsruher Firma legt Vergabeverfahren lahm

Von unserem Redaktionsmitglied
Mario Beltschak

Karlsruhe. Auf dem vermeintlichen Milliarden-Markt um den Anbau und den Vertrieb von Medizinal-Hanf ist ein heißer Kampf entbrannt. Bei diesem möchte auch die junge Karlsruher Firma Lexamed mitmischen. Deshalb hat sich das Start-up an einer Ausschreibung des Bundes beteiligt. Diese sollte bestimmen, wer künftig Cannabis für Arzneimittel anbauen darf. Lexamed wurde jedoch aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen – und bringt nun mit einer Beschwerde dagegen eine ganze Branche in Deutschland ins Stottern.

Im Ausland ist das Geschäft mit Medizinal-Hanf bereits kräftig am Wachsen. Als im März auch in Deutschland ein Gesetz in Kraft trat, das es Ärzten erlaubt, Medizin auf Cannabis-Basis zu verschreiben, sah Lexamed seine Chance gekommen. „Ich bin von Haus aus Jurist. Als der Gesetzesbeschluss bekannt wurde, haben wir uns gedacht: Wir probieren das jetzt“, sagt Oskar Sarak. Der 38-Jährige ist Geschäftsführer des kleinen Lexamed-Teams, dem derzeit acht Mitarbeiter angehören. In einer laut Sarak „Krimi-reifen“ Vorbereitungsphase stellte das Start-up binnen kürzester Zeit die nötigen Unterlagen für die Ausschreibung zusammen, knüpfte Kontakte und ging auf Investorensuche. Mit Erfolg: In der Nacht vor Ende der Ausschreibungsfrist fuhr Sarak selbst nach

Bonn, um die Unterlagen „persönlich abzugeben“.

Der Vorstoß schien vor allem deswegen vielversprechend, weil Lexamed neben einem finanzkräftigen Investor aus Liechtenstein mit dem israelischen Unternehmen Cannabliss einen potenziellen Partner im Boot hatte, der wie in der Ausschreibung gefordert über die nötige Cannabis-Pflanzen-Referenz verfügt. Doch aus der erhofften Chance wurde

nichts: Vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte trüdelte eine Absage ein. Lexamed wur-

de aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen. „Die schriftliche Begründung bestand nur aus zwei Sätzen. Im Kern hieß es, wir hätten die Mindestbedingungen nicht erfüllt“, so Sarak.

Bei Lexamed gab man sich damit nicht zufrieden. Die Karlsruher stellten einen Nachprüfungsantrag. Der Vorsitzende der Vergabekammer habe jedoch dazu geraten, diesen zurückzuziehen. Sarak und sein Team dachten jedoch nicht daran – und handelten sich die nächste Absage ein. Diesmal jedoch mit einer etwas ausführlicheren Begründung: „Man teile uns mit, dass unsere Cannabis-Referenz nicht anerkannt werden könnte. Auch weil die Zusammenarbeit mit unserem israelischen Partner der Behörde nicht bindend genug war. Das sei nur eine Absichtserklärung“, führt Sarak das Hauptargument für die Absage aus.

Genau an diesem Punkt setzt nun seine Beschwerde gegen den Bund an, die am

Lexamed geht vor Gericht gegen Ausschluss vor



FÜR MEDIZINISCHE ZWECKE dürfen künftig einige Firmen in Deutschland Cannabis anbauen. Das Karlsruher Start-up Lexamed wurde vom Vergabeverfahren des Bundes ausgeschlossen. Die Firma klagte, das Verfahren ruht deswegen nun. Foto: dpa

Oberlandesgericht (OLG) in Düsseldorf gelandet ist. Weil der Anbau von Medizinal-Hanf in Deutschland bislang verboten war, verfüge schließlich keine deutsche Firma ohne Partner über die nötige Cannabis-Referenz. Insofern würden große Pharmakonzerne und ausländische Firmen bei der Vergabe bevorzugt.

Die mündliche Anhörung zur Beschwerde findet am 20. Dezember statt. Bis dahin ist das Vergabeverfahren entsprechend ausgesetzt. Weit mehr als 100 Firmen hatten sich beteiligt – und müs-

sen sich nun in Geduld üben. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte äußert sich „aus vergaberechtlichen Gründen“ nicht zu dem Fall. Die Bonner Kanzlei Redeker Sellner Dahs, die den Bund vor Gericht vertritt, verweist ihrerseits auf BNN-Anfrage nur auf die schweigende Bundesbehörde.

Sollte das Gericht zugunsten von Lexamed entscheiden, rechnet sich Sarak gute Chancen aus, tatsächlich noch über die Hintertür in den engeren Kreis der Kandidaten zu kommen, die am Ende

auch Medizinal-Hanf anbauen dürfen. „Denn wir haben sowohl die geforderte Arzneipflanzen-Referenz als auch die Cannabis-Pflanzen-Referenz“, sagt der aus Waiblingen stammende Jurist. Dies könnten nur wenige der anderen Bewerber leisten. Der Bund teilt Saraks Einschätzung bislang nicht. Insofern bleibt der Milliarden-Markt zunächst ohne die Karlsruher. Ohne sie steht er aber definitiv noch mindestens einige Tage still. Dabei gingen Fachleute bisher davon aus, dass 2019 die erste Ernte eingefahren werden kann.

„Chance und Bedrohung“

Berlin (dpa). Die große Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland sieht die Digitalisierung einer Studie zufolge überwiegend als Chance an. „Die Wirtschaft boomt, wir haben noch nie so viele Erwerbstätige wie heute gehabt“, sagte Achim Berg, Präsident des Digitalverbands Bitkom, am Dienstag auf der Konferenz hub.berlin. In der Politik sehe man derzeit jedoch eher Stillstand. Viele Arbeitnehmer in Deutschland fürchten dagegen eine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Digitalisierung. Das geht aus dem am Dienstag vorgelegten BKK Gesundheitsreport hervor. Der Anteil derer, die einen Wegfall von Arbeitsplätzen befürchten, ist mit 38 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Beschäftigten, die Digitalisierung eher als Jobmotor sehen.

Schlecker-Kinder gehen in Revision

Stuttgart (dpa). Lars und Meike Schlecker wollen die vom Landgericht Stuttgart verhängten Haftstrafen nicht akzeptieren. Beide hätten am Dienstag Revision gegen die Urteile vom Montag eingelegt, sagte ein Gerichtssprecher.

Die beiden Kinder des einstigen Drogeriemarktunternehmers Anton Schlecker waren wegen Untreue, Insolvenzverschleppung, Bankrotts und Beihilfe zum Bankrott ihres Vaters zu zwei Jahren und neun beziehungsweise acht Monaten Haft verurteilt worden. Sie hatten sich selbst unrechtmäßig Gewinne aus der zum Schlecker-Imperium gehörenden Logistik-Firma LDG ausgezahlt – nur Tage bevor der Konzern in die Insolvenz ging. Anton Schlecker selbst wurde zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt.

Ikea Deutschland wächst langsamer

Auf ihrem wichtigsten Einzelmarkt setzten die Schweden nur 2,4 Prozent mehr um

Von unserem Mitarbeiter
Christian Ebner

Wiesbaden/Karlsruhe. Der Möbeldhändler Ikea ist im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016/17 (31. August) nicht mehr so schnell gewachsen wie zuvor. Auf ihrem wichtigsten Einzelmarkt Deutschland setzten die Schweden in 53 Möbelhäusern 4,867 Milliarden Euro um, was einen Zuwachs von 2,4 Prozent bedeutete. Zuvor hatte Ikea Deutschland ein Wachstum von sieben Prozent geschafft.

Zu den leicht gestiegenen Erlösen trugen auch drei neue Einrichtungshäuser in Wuppertal, Wetzlar und Magdeburg bei, wie das Unternehmen in Hofheim bei Wiesbaden berichtete. Im laufenden

Geschäftsjahr kommt nur die Erweiterung der Filiale in Kaarst bei Düsseldorf hinzu. Als neue Standorte in den kommenden Jahren sind Memmingen, Nürnberg und im Jahr 2019 Karlsruhe geplant. Grundsätzlich hält Ikea rund 70 Märkte in Deutschland für realistisch.

Schneller als der stationäre Möbelhandel wuchs das Online-Geschäft um 30,7 Prozent auf 304 Millionen Euro. Das waren 6,3 Prozent des Umsatzes. Ikea will die verschiedenen Einkaufskanäle künftig besser vernetzen.

Auch das Geschäft in den Restaurants und mit Lebensmitteln entwickelte sich in Deutschland mit 4,1 Prozent Plus auf 230,5 Millionen Euro überdurchschnittlich. Zuletzt war darüber spekuliert worden, dass Ikea auch außerhalb seiner

Märkte gastronomische Betriebe eröffnen könnte. Das Unternehmen bestätigte entsprechende Überlegungen, betonte aber gleichzeitig, dass es noch keine konkreten Pläne gebe.

Weltweit hat der Konzern trotz weiter gestiegener Umsätze weniger Gewinn gemacht. Das Unternehmen bezifferte seinen Überschuss auf 2,5 Milliarden Euro nach 4,2 Milliarden Euro im Jahr zuvor. Die Zahlen seien wegen einer umfassenden Umstrukturierung nicht unmittelbar vergleichbar, sagte eine Sprecherin am Sitz der deutschen Ikea-Gesellschaft in Hofheim. So sei das früher berücksichtigte Großhandelsgeschäft auf eine andere Gesellschaft innerhalb der Gruppe verlagert worden. Der weltweite Einzelhandelsumsatz des Konzerns war im Jahresvergleich auf bereinigter Basis um 3,8 Prozent auf 34,1 Milliarden Euro gewachsen.



EIN ZUGPFERD VON CONSTANTIN FILM ist „Fack Ju Göhte“ mit Hauptdarsteller Elyas M'Barek – hier mit Fans im Karlsruher Film- und Medienszene steht die Wiedervereinigung zweier bekannter Marken an. Deutschlands größter Filmproduzent Constantin Film („Fack Ju Göhte“) und der zu Constantin Medien gehörende TV-Sender Sport1 sollen künftig wieder unter einem Dach sein. Der Schweizer Konzern Highlight Communications, der bis zum Sommer noch zu Constantin Medien gehört hatte, will das deutsche Unternehmen nach eigenen Angaben jetzt komplett übernehmen. Zu Highlight Communications gehört neben Constantin Film

Filmszene erwartet Wiedervereinigung

zum Beispiel der Vermarkter der Uefa-Champions League namens Team. Zu Constantin Medien wiederum gehört neben Sport 1 vor allem die Produktionsgesellschaft Plazamedia.

Im Sommer hatte Constantin Medien die Mehrheit an Highlight aufgeben müssen, da die Schweizer ihr Kapital erhöht hatten. Dies war Folge eines Machtkampfs zwischen dem Schweizer Medienunternehmer Bernhard

Burgener und dem Statthalter des früheren deutschen Film- und TV-Moguls Leo Kirch, Dieter Hahn.

Das Schweizer Unternehmen will Constantin Medien für bis zu 151 Millionen Euro übernehmen. Sollte dies gelingen, könnten für die zuletzt von einem Machtkampf zwischen Burgener und Hahn gebeutelte Constantin Medien AG ruhigere Zeiten anbrechen.

Hahn hatte im Sommer den Vorsitz des Aufsichtsrats niedergelegt und seitdem seine Anteile an dem Unternehmen sukzessive an der Börse verkauft.

Notenbank gibt Entwarnung

London (dpa). Die wichtigsten britischen Kreditinstitute sind nach Meinung der Bank of England auch für ein planloses Ausscheiden des Landes aus der Europäischen Union stark genug aufgestellt. Selbst im Falle größerer ökonomischer Verwerfungen

könnten die Geldhäuser die britische Wirtschaft mit Krediten versorgen, teilte die Notenbank in London mit.

In ihrem jährlichen Stresstest haben die britischen Bankenaufsicherer durchgespielt, was mit den größten Instituten des Landes geschehen würde etwa im Falle eines starken wirtschaftlichen Abschwungs, einer Abwertung des Pfunds um ein Viertel oder bei heftigen Kreditausfällen.

Bahn kassiert ihr Pünktlichkeitsziel

Berlin (dpa). Die Deutsche Bahn gibt ihr Pünktlichkeitsziel vorerst auf. „Wir sind bei der Pünktlichkeit noch nicht da, wo wir hin wollen“, sagte der neue Bahnchef Richard Lutz der „Süddeutschen Zeitung“. Das eigentlich für 2017 angepeilte Ziel von 81 Prozent pünktlichen Zügen werde die Bahn im Fernverkehr nicht mehr erreichen, so Lutz. „Dafür ist zu viel passiert, gerade im zweiten Halbjahr. Das ärgert uns. Wir hatten den Kunden mehr versprochen.“

Ihr langfristiges Ziel von 85 Prozent pünktlichen Zügen will die Bahn aber nicht aufgeben. „Wir halten daran fest, auch wenn auf dem Weg dorthin beträchtliche Hindernisse zu beseitigen sind“, sagte Lutz. Die Bahn wolle vor allem Ausfälle bei Unwettern, wie zuletzt bei Sturm „Xavier“, vermeiden. Dazu gehörten auch eine bessere Vorbereitung auf Unwetter sowie eine bessere Kontrolle von Bäumen und Sträuchern entlang der Gleise.

Zu neuen Passagierrekorden soll unterdessen auch der Start der neuen Schnellbahntrasse Berlin-München am 10. Dezember beitragen. Mit verkürzten Fahrtzeiten wolle die Bahn „Flugzeuge und Autos angreifen“, sagte Lutz.



Karlsruher Heizölpreise

Von der Außennotierungs-Kommission Karlsruhe der Mannheimer Produktenbörse wurden am Dienstag folgende Tagesverkaufspreise des Handels für leichtes Heizöl festgestellt. Anmerkung: Superqualität in Euro je 100 Liter frei Verwendertank Karlsruhe im Großraum Karlsruhe – inklusive Mehrwertsteuer und 0,32 Euro/100 Liter Erdölbevorratungsbeitrag – bei Abnahme wie folgt (in Klammer Preise der vorigen Notierung):

Liter	Euro	(ohne Gewähr)
500-1 000	94,44-79,02	(96,16-79,55)
1 001-1 500	71,55-71,33	(73,05-70,95)
1 501-2 500	68,15-67,60	(69,88-66,15)
2 501-3 500	66,40-65,45	(66,37-65,55)
3 501-4 500	64,86-64,80	(65,50-64,45)
4 501-5 500	64,14-62,99	(64,71-64,14)
5 501-7 500	63,07-61,69	(63,42-62,83)
7 501-9 500	62,83-60,26	(62,24-61,99)

Die Preise gelten nur für eine Abladestelle. Für Standardqualität gibt es einen Preisabschlag.